

Roter Teppich – Beteiligungsdifferenzen und Förderung der Chancengleichheit im freiwilligen Engagement

Arno Heimgartner



Dr. Arno Heimgartner

ist Ao. Univ.-Prof. im Arbeitsbereich Sozialpädagogik des Institutes für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz. Aktuelle Forschungsprojekte: Österreichischer Freiwilligenbericht gemeinsam mit NPO-Institut Wien (BMSK), Soziale Qualität in Nachmittagsbetreuungen (Jubiläumsfonds ÖNB). Er ist außerdem Board Member des International Consortium for Social Development (European Branch) und wissenschaftlicher Beirat für die Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit/Revue suisse de travail social. Arbeitsschwerpunkte: Theorien, Konzepte und Entwicklungen der Sozialen Arbeit, unter anderem Professionalisierung und Ehrenamtlichkeit, Empirische Forschungsmethoden in der Sozialen Arbeit.

Das Hauptthema dreht sich um die Schnittstelle zwischen freiwilligem Engagement und Nicht-Engagement und den Möglichkeiten der Auflösung von Nicht-Engagement. Strukturell gedacht bedeutet dies eine Platzierung von freiwilligen Engagementmöglichkeiten in einer Weise, dass sie Menschen

besser akzeptieren können. Obwohl das Ziel unumstritten scheint, möglichst alle Menschen am Gut freiwilligen Engagements partizipieren zu lassen und damit das gesellschaftliche Zusammenleben zu befördern, sind einige reflexive, vorbereitende Gedanken angebracht (vgl. Munsch 2003; Heimgartner 2004).

Reflexives zu Beginn

Im Folgenden soll auf das Prioritätsthema, die Workloadproblematik, die Stigmatisierungsgefahr und das Empirieproblem eingegangen werden.

Prioritätsthema

Ein erster Einwurf, den es zu entkräften gilt, könnte etwa so lauten: Menschen, die von freiwilliger Arbeit entfernt sind, sind wohl häufig auch von bezahlter Arbeit entfernt. Da wäre es angebracht, sich um die bezahlten Arbeitsmöglichkeiten der Menschen zu kümmern, bevor freiwilliges Engagement angekurbelt wird. Existenzmöglichkeiten ließen sich durch Arbeit geeigneter als durch freiwilliges Engagement schaffen.

In der Tat hat die Förderung von freiwilligem Engagement sensibel mit fragilen Existenzkonstruktionen umzugehen. Annäherungen an das freiwillige Engagement für Menschen zu realisieren, die ihm gesellschaftlich fern sind, haben nicht mit der Absicht zu geschehen, Menschen von bezahlter Arbeit fern zu halten. Nicht die Festigung einer prekären, ökonomisch deprivierten Lebenssituation steht zur Diskussion, sondern, falls der Status besteht, ohne bezahlte Arbeit beziehungsweise entsprechenden Finanzleistungen auskommen zu müssen, die Bewahrung vor einer doppelten Exklusion, nämlich keine bezahlte Arbeit zu haben und auch kein freiwilliges Engagement – ein entsprechendes Interesse vorausgesetzt – leisten zu können. Zu priorisieren

ist eine existentielle Absicherung von Menschen, aber ein Wegdrängen von freiwilligem Engagement widerstrebt ebenfalls einem gesellschaftlichen Inklusionsgedanken. Eine bewusste Förderung freiwilligen Engagements hat existentielle Mangellagen einzubeziehen und möglicherweise sogar Räume zu schaffen, gerade diese existentiellen Benachteiligungen abzubauen. Keinesfalls soll es den Menschen vereinnahmen, fernhalten, Optionen wegnehmen. Da es ein weicher Boden ist, auf dem sich freiwilliges Engagement bewegt, weil auf die individuelle Freiwilligkeit und das angesprochene Eigeninteresse soziale und gesellschaftliche Einflüsse gestaltend einströmen, bedarf es stets der reflexiven Betrachtung und der dafür nötigen Arrangements.

Workloadproblematik

Ehrenamtliche Arbeit befindet sich im Kontext verschiedener Arbeitsfelder und ihrer Relevanzen für die Person, das Gemeinwesen und die Gesellschaft. Als Arbeitsfelder stehen zunächst die Arbeit für sich selbst, für die Partnerin oder den Partner, die Kinder, die Freunde, die Verwandten oder die Nachbarn zur Diskussion. Vieles an Arbeit passiert abseits des institutionellen Kontextes, insbesondere wenn Familie nicht schon als Institution aufgefasst wird. Abseits der freiwilligen Arbeit befinden sich auch andere Systeme, wie das des Zivildienstes oder der Schwarzarbeit. Eine andere Abwandlung betrifft den Begriff der Arbeit beziehungsweise des Engagements selbst. Daraus leiten sich Fragen der Dimensionierung dieser Zugänge zur gesellschaftlich wahrgenommenen Lebensgestaltung ab. Wie viel Rückzug auf die eigene Person und die Familie darf sein? Wie viel Run auf bezahlte Arbeit darf sein? Wo beginnt die „Nicht-Arbeit“?

In der permanenten gesellschaftlichen Vernetzung wird es schwer, gesellschaftlich bedeutsame Leistungen eindeutig zu klassifizieren. Zu warnen ist jedenfalls vor dem reduzierenden Tunnelblick auf formelle Rollen und Leistungen. Es existieren wahrscheinlich eine Reihe von unsichtbaren, unprotokollierten und unerfragten Leistungen, die Menschen bei näherer Betrachtung als gesellschaftlich wirkend auszeichnen. Selbst bei sichtbaren Aktivitäten stellt sich die machtorientierte Frage, wer über die Bedeutung dieser Lebensführung bestimmt und wer sich das Recht von Abwertungen herausnehmen kann. Freiwilliges Engagement hat sich dementsprechend als ein – wenn auch wichtiges – Offert zur Betei-

ligung zurückzunehmen, das in der Binnenstruktur und im Kontext zu anderen Formen der Lebensgestaltung in der Entscheidung lebendig bleiben muss, was Gewicht für die Person und für die Gesellschaft hat (vgl. Heimgartner 2009).

Abb. 1
Formen der Arbeit (und die Nicht-Arbeit)



Stigmatisierungsgefahr

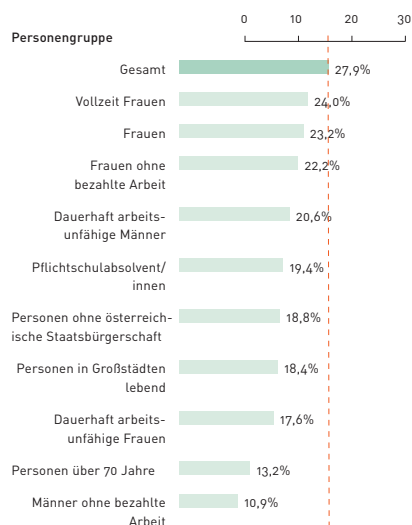
Das Herauslösen von Gruppen auch mit der besten Förderungsabsicht läuft stets Gefahr als negativer Fingerzeig anzukommen. Bereits bei der folgenden Analyse von Gruppen kann es sein, dass das Ergebnis nicht als Denkanstoß genommen wird, sondern individualisiert der Gruppe angelastet wird. In der Formulierung von Überlegungen, freiwilliges Engagement attraktiv zu machen, sind demnach bevorzugt solche Ideen zu kommunizieren, die sich im Strukturellen bewegen, ohne sofort eine bestimmte, „ehrenamtsferne“ Personengruppe damit zu assoziieren.

Empirieproblem

Die Daten, die im Folgenden verwendet werden, entstammen einer Mikrozensuszusatzhebung (n=13.471) (vgl. Statistik Austria 2008), die über ein Call-Center telefonisch abgewickelt wurde, und sie beschreiben die faktischen Beteiligungsquoten¹. Bestimmte Personengruppen, um die es bei der Frage der Exklusionstendenzen von freiwilligem Engagement geht, sind möglicherweise mit dieser

quantitativen Methode schwer erreichbar. Dazu kommt, dass einige Variablen nicht zur Verfügung stehen (zum Beispiel Behinderung, psychische Krankheit), so dass Aussagen auf dieser Basis über Personen mit diesen Eigenschaften nicht zu leisten sind. Grundsätzlich besteht der Eindruck, dass Personen, die in stationären Einrichtungen wohnen, methodisch kaum erreicht werden. Hinweise gibt es, dass Personen, die sich nicht freiwillig engagieren, eher als Personen, die sich engagieren, die Teilnahme an der Befragung verweigert haben. Es wurden nämlich Personen, die eine Befragung abgelehnt haben, nochmals kontaktiert. Bei jenen Personen, die beim zweiten Mal zu Antworten bereit waren, zeigt sich eine im Vergleich niedrigere Beteiligungsquote an Tätigkeiten freiwilligen Engagements (vgl. Statistik Austria 2008). Diese Voranalysen sollen die Sicht auf die Aufgabe freimachen, freiwilliges Engagement als wichtiges Gut der Gesellschaft aufzufassen, deren gerechte Verteilung angestrebt werden sollte. Es gilt Chancengleichheit in den Zugängen und Durchführungsmodi herzustellen. Zunächst ist aber eine empirische Klärung zu vollziehen, soweit diese verfügbar ist.

Abb. 2
Formelle Beteiligungsquoten unter dem Durchschnitt nach ausgewählten Personengruppen



Empirisches in der Mitte

In einer Differenzierung zwischen formellem und informellem freiwilligem Engagement sind im Durchschnitt 27,9 Prozent der Bevölkerung in Österreich formell engagiert (vgl. Abb. 2). Schlusslicht dieser Aufstellung der Beteiligungsquoten sind Männer ohne bezahlte Arbeit. Während Frauen ohne bezahlte Arbeit knapp seltener als der Durchschnitt partizipieren, ist der Abfall bei Männern eklatant. Berücksichtigt man außerdem, dass sich im Durchschnitt von allen Männern jeder dritte Mann freiwillig engagiert, fällt das Ergebnis noch drastischer auf. Da sich sogar dauerhaft „arbeitsunfähige Männer“ fast doppelt so häufig freiwillig engagieren, was an sich schon ein Widerspruch in Bezug auf die Arbeitsunfähigkeit ist, ist zu überlegen, mit welchen gesellschaftlichen Rückzugsprozessen der Verlust von bezahlter Arbeit verbunden ist. Eine zweite Gruppe, die von einer deutlichen Absenz gekennzeichnet ist, sind Personen über 70 Jahre. Entweder individuelle oder strukturelle Gründe lassen es nicht mehr zu, dass Menschen über 70 Jahre ins freiwillige Engagement einbezogen werden. Da in jüngeren Lebensjahren von Personen eine höhere Beteiligungsquote vorliegt, ist davon auszugehen, dass es vor dem 70. Lebensjahr zu Abbrüchen kommt. Ein erwünschter Prozess der Umgestaltung des freiwilligen Engagements beziehungsweise des verändernden Mitwachsens des freiwilligen Engagements findet nicht ausreichend statt. Mitbestimmend für die Beteiligungsquote ist insbesondere auch der Urbanisierungsgrad. Je städtischer Personen leben, desto geringer ist die Beteiligungsquote. Mehreres an Erklärungsansätzen ist dazu zu diskutieren. Als negative Interpretation kommt eine höhere soziale Isolation in den Großstädten in Frage. Neutral zu sehen ist die Interpretation über die gewachsene hauptamtliche Struktur in den Großstädten. Dies betrifft etwa die Freiwillige Feuerwehr, die in den Städten als Berufsfeuerwehr präsent ist. Aber auch zahlreiche soziale Dienste werden in den Städten eher bezahlt abgedeckt. Eine weitere Dimension betrifft die fehlende Staatsbürgerschaft. Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft tendieren eher dazu, kein formell freiwilliges Engagement zu zeigen. Daraus leitet sich eine konkrete Aufgabe an die Freiwilligenarbeit ab, ihre Strukturen zu überdenken, inwieweit sie sich auf die traditionellen sozialen Zugänge beschränken beziehungsweise auch offen für Personen

ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind. Das Fakt, ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu sein, wird vielfach mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus und arbeitsrechtlichen Beschränkungen verbunden sein, so dass eine Aufnahme in formelle Freiwilligenarbeit eine sozialintegrative Aussage wäre. Schließlich ist auch ein Zusammenhang zur höchsten abgeschlossenen Ausbildung zu sehen. Personen mit Pflichtschulabschluss sind im Vergleich zu anderen Ausbildungsstufen im freiwilligen Engagement seltener vertreten. Dies verweist auf die erforderliche Spezifität der Kompetenzen, die für die Erfüllung der Aufgaben im freiwilligen Engagement erforderlich ist.

Dass die Aussagen spezifisch für formelles freiwilliges Engagement gelten, bestätigt ein Blick auf die informellen Beteiligungsquoten. Hier zeigt sich eine weitaus größere Homogenität bei einem durchschnittlichen Prozentsatz von 27,1 Prozent. Ausgenommen sind über 70-jährige Personen, die auch hier deutlich darunter liegen. Dreht man die Frage um, um zu erfahren, welche Eigenschaften sein müssen, damit hohe formelle Beteiligungsquoten aufscheinen, lassen sich einige interessante Informationen gewinnen. Spitzenreiter

sind Personen, die in der Landwirtschaft arbeiten. Eindeutig ist das Ergebnis, dass Teilzeitbeschäftigung besonders bei Männern (56,7 Prozent), aber auch bei Frauen (36,6 Prozent) die Wahrscheinlichkeit auf freiwilliges Engagement erhöht. Ab drei Kindern (39,6 Prozent), mit Hochschulabschluss (38,8 Prozent) und bei geringerer Bevölkerungsdichte (34,2 Prozent) ist die Beteiligungsquote ebenfalls über dem mittleren Prozentwert.

Angewandtes zum Schluss

Wendet man sich der Frage zu, welche Maßnahmen im Sinne von Good-Practice Beispielen beziehungsweise als Ideen zu nennen sind, scheint eine Differenzierung in vier Bereiche sinnvoll: zielgruppenunspezifische Maßnahmen, zielgruppenspezifische Maßnahmen, interne Veränderungen und gesellschaftliche Veränderungen mit direkter Relevanz (vgl. Tabelle 1). Zu den zielgruppenunspezifischen Maßnahmen ist der Ausbau der Siedlungsarbeit zu nennen. Mit der Nähe zu den Bewohnerinnen und Bewohnern können ferne Gruppen für selbst gewählte Themen gewonnen werden (vgl. Sing/Heimgartner 2009). Auch in großstädtischen Siedlungsstrukturen sollte es üblich werden, Gemeinschaftsräume einzuplanen und

Zielgruppenunspezifisch	Zielgruppenspezifisch
Siedlungsarbeit mit Räumen (Ausbau)	Kooperation mit Freizeitassistenten (zum Beispiel Andas, Wochenklausur) (Ausbau)
Betriebe mit Gütesiegel für Soziale Verantwortung (Idee)	Intern
Orte mit Zentren (Urbanisierungsgrad, Zusatzinfo nötig) (Ausbau)	Sanftes Ehrenamt: Profilbildung und Arbeitsentwurf (Ausbau)
Mobile Engagementberater und Engagementberaterinnen (mehrsprachig) (Idee)	Niederschwelliges Clearing und Vermittlungszentren (Ausbau)
Ideenwerkstätten (Idee)	Internetplattform (Ausbau)
Projekte im Ausbildungsbereich (Ausbau)	Messe, Schnuppertage und Aufnahmezeiten (Idee)
	Gesellschaftlich
	Reduktion der bezahlten Arbeitszeit: Teilzeit als Vollzeit (empirisch gestützt)
	Adäquate Mindestsicherung ohne Statusverlust (ohne empirische Ergebnisse)

Tabelle 1
Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements im Interesse der Chancengleichheit